

energie +

Das Debattenmagazin der UNITI

MITTELSTAND

1.2012
4,50 EUR

Fernwärme

Mit dem Anschlusszwang
zurück zur Planwirtschaft

Grüne Tankstelle

Positive Ökobilanz an
rheinischer Zapfsäule

CO₂ im Vergleich

Diesel hängt E-Mobil ab

Alt, älter, Heizung

WARUM SICH IN DEUTSCHEN
KELLERN SO WENIG TUT



**PERSÖNLICH.
VERLÄSSLICH.
VERANTWORTLICH.**



**www.praeg.de
0800 / 2 30 40 50**

WIR VERSTEHEN ENERGIE.

Heike Reinecke - Auf ganzer Linie Zufriedenheit!
Den Unterschied erkennen.



35 Jahre Erfahrung und Know-how stecken in den elektronischen Preisanzeigen von PWM. Dank eigener Entwicklung und ständiger Optimierung, ist PWM der einzige Spezialanbieter weltweit und Marktführer von elektronischen Preisanzeigen für Tankstellen.

Heike Reinecke - Die Westfalen AG setzt auf Qualität & Service
Pächterin Westfalen AG - 44803 Bochum - Preistum GALA SMD-LED

Qualität verbindet.

www.pwm.com

PWM®

Politik muss für verlässlichen und sinnvollen Rahmen sorgen!



Udo Weber,
Vorstandsvorsitzender von
UNITI, Bundesverband
mittelständischer Mineralöl-
unternehmen e.V.

**IHRE
MEINUNG
IST UNS
WICHTIG!**

SCHREIBEN SIE UNS

Ob Kritik, Anregung oder
Themenidee – wir haben ein
offenes Ohr für Sie. E-Mail an
dialog@uniti.de



Erfahren Sie mehr über UNITI.
Um das Internetvideo auf Ihrem Handy oder
Tablet anschauen zu können, brauchen Sie
eine QR-Reader-Applikation. Scannen Sie das
obenstehende Symbol mit Ihrer Handy-
kamera und es öffnet sich automatisch der
Multimedia-Inhalt.

Die Energiewende steckt im Keller fest – und das im wahrsten Wortsinne. Auch rund anderthalb Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima läuft die Regierung den in ihrem Energiekonzept gesetzten Zielen meilenweit hinterher – von einer umweltschonenden, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung kann keine Rede sein. Vor allem der letztgenannte Aspekt trifft die Verbraucher in Deutschland stärker denn je.

Infolge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sind die Strompreise hierzulande schon jetzt die zweithöchsten in ganz Europa, der Anstieg der EEG-Umlage zum Jahresbeginn 2013 wird die Lage noch verschärfen. Verbraucherschützer beklagen zuletzt bereits 600.000 Haushalte, denen wegen unbezahlter Rechnungen der Strom abgestellt wurde. Im gleichen Zug hält die Regierung an ehrgeizigen Zielen bei der E-Mobilität oder vor allem der Photovoltaik fest, die jenseits der Bezahlbarkeitsgrenze liegen. Im Gebäudereich regiert vermehrt staatliches Ordnungsrecht statt des freien Marktes. Weder Bürger noch Industrie akzeptieren dieses Vorgehen.

Im gleichen Atemzug lässt die Politik den Bereich mit dem größten Ener-

giesparpotenzial konsequent links liegen: Die energetische Gebäudesanierung kommt kaum vom Fleck. Die steuerliche Förderung von Sanierungsmaßnahmen hängt seit Monaten im Bundesrat. Und allein der Gesetzesentwurf zeigt, dass die soziale Komponente bei der Energiewende zu kurz kommt. Nach jüngstem Stand sollen nur große Maßnahmen ab 80.000 Euro berücksichtigt werden. Sinnvolle und für die Masse bezahlbare kleinere Modernisierungen etwa von Heizungsanlagen sollen auch künftig nicht förderwürdig sein. Dabei kostet beispielsweise ein effizienter Brennwertkessel nur rund 5.000 Euro – senkt den Verbrauch aber enorm. Folge: Die Verbraucher sind verunsichert und schieben notwendige Maßnahmen auf.

Der mittelständische Energiehandel steht den Zielen der Energiewende offen gegenüber und tritt als verlässlicher Partner in den Dialog mit der Politik – auch mit diesem neuen Magazin. Dabei wollen wir zur Versachlichung der Debatte und dazu beitragen, dass verlässliche Rahmenbedingungen im Energiesektor und Planungssicherheit für Betriebe und Verbraucher entstehen. Nur so kommt die Energiewende aus dem Keller. ■



6

Titelthema

Energiewende im Wärmemarkt

Wo Politik die Verbraucher verunsichert und notwendige Modernisierungen verhindert



16

Fernwärmeanschlusszwang



22

Erste grüne Tankstelle

5	Hingeguckt	<i>Blaue Flamme</i>	Modernste Brennwerttechnik im Fokus
6	Titelthema	<i><u>Stillstand im Heizungskeller</u></i>	<u>Das ignorierte Sparpotenzial</u>
10	Interview	<i>Dr. Rolf Kornemann</i>	Was der Präsident von Haus&Grund fordert
12	Berlin direkt	<i>HEAT-Kongress Herbst 2012</i>	Energiemittelstand und Politik im Dialog
14	Porträt	<i>Spezialisten aus der Provinz</i>	Zu Besuch bei Zeller+Gmelin
16	Zur Sache	<i>Fernwärmeanschlusszwang</i>	Zurück zur Planwirtschaft
20	Kompakt	<i>Von Biowahn bis Matt Damon</i>	Neues aus der Welt der Energie
22	Report	<i>Erste grüne Tankstelle</i>	Ortstermin in Geilenkirchen
26	60 Sekunden über ...	<i>Pkw-Antriebe im Vergleich</i>	Warum der Diesel das E-Mobil schlägt

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V., Jägerstraße 6, 10117 Berlin, Elmar Kühn (V. i. S. d. P) CHEFREDAKTEUR Florian Flicke
 REDAKTION Axel vom Schemm (Leitung), Jochen Lotzow, Matthias Schatz ART DIREKTION Daisy Latussek, Silke Schlösser BILDREDAKTION Achim Meissner
 VERLAG UND REDAKTIONSANSCHRIFT corps. Corporate Publishing Services GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt, Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf,
 Tel. 0211/54227-700, Fax 0211/54227-722, www.corps-verlag.de VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRUNG Holger Löwe, Wilfried Lülisdorf OBJEKTLEITUNG Jana Nölle
 ANZEIGENLEITUNG Tobias Bott, Tel. 030/755414416 DRUCK Strube Druck & Medien OHG, 34587 Felsberg LITHO TiMe GmbH ADRESSÄNDERUNGEN Yana Terentyeva
 Tel. 030/755414-425, Fax 030/755414-366 ISSN 2195-4445 Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Änderungen behalten wir uns vor.



↑ **Moderne Brennwertheiztechnik kann ein Hingucker sein.** Blaubrenner wie der Vitoflame 300 von Viessmann wandeln den Brennstoff nahezu vollständig in nutzbare Wärme um. Das Heizöl brennt mit blauer Flamme (Foto), da es vor der Verbrennung verdampft wird. Der Brenner mit der schönen Flamme ist gleich zweifach umweltschonend: Zum einen verbrennt der Blaubrenner das Heizöl besonders schadstoffarm. Zum anderen kann Bioöl als grüne Komponente beigemischt werden. Mehr zum Sparpotenzial in deutschen Heizungskellern lesen Sie in unserem Schwerpunktthema ab Seite 6.

85%

DES GESAMTEN
ENERGIEBEDARFS IN PRIVATHAUSHALTEN
ENTFALLEN AUF WÄRME

TEXT Jochen Lotzow

Alle reden vom Strom –
obwohl die meiste Energie für die Erzeugung von Wärme gebraucht wird. Immobilienbesitzer könnten beim Heizen viel Energie einsparen. Doch es fehlt an finanziellen Anreizen, in die Effizienz von Gebäuden zu investieren.

AB IN DEN KELLER

Der Ausbau der Stromnetze, die steigenden Kosten für die Förderung der erneuerbaren Energien, ein neues Design für den Strommarkt: Das sind die Themen, die in Politik und Wirtschaft die Debatte um die Energiewende prägen. Doch dabei gerät außer Acht, dass der Strom nur einen vergleichsweise kleinen Anteil am gesamten deutschen Endenergieverbrauch hat: gerade einmal 20 Prozent. Der Löwenanteil entfällt auf die Wärme – fast die Hälfte der Energie wird benötigt, um Räume zu beheizen, Wasser zu erwärmen und Prozesswärme für die Industrie zu erzeugen. In privaten Haushalten macht die Wärme sogar 85 Prozent des gesamten Energiebedarfs aus.

Wer von der Energiewende spricht, muss deshalb auch – vielleicht sogar zuallererst – über die Wärmeversorgung reden. Die Bundesregierung hat das erkannt und in ihrem Energiekonzept eindeutige Ziele für den Wärmebedarf von Immobilien gesetzt: Bis 2020 sollen Bestandsbauten 20 Prozent weniger Heizenergie verbrauchen, heißt es dort.

Ein ambitioniertes Ziel – doch die Entwicklung läuft momentan in die entgegengesetzte Richtung: Zwischen 2007 und 2010 ist der Bedarf an Brennstoffen

für die Wärmeversorgung privater Haushalte um mehr als 15 Prozent gestiegen, hat die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen ermittelt. Zwar ist dies zum Teil auch der kühlen Witterung der vergangenen Jahre geschuldet. Doch unabhängig davon zeigen die Zahlen, dass die Effizienzziele für das Jahr 2020 bislang noch in weiter Ferne liegen.

Das hat vor allem zwei Ursachen. Zum einen zögern viele Immobilienbesitzer, die Dämmung ihrer Gebäude zu verbessern, weil die Kosten dafür oft hoch sind. Manche Eigentümer fürchten zudem eine unsachgemäße Ausführung der Dämmmaßnahmen. Nicht ganz zu Unrecht: So belegt die Schimmelbildung nach einem Bericht des Bundesbauministeriums unter den Bauschäden den Spitzenplatz.

Sanierungsstau im Heizungskeller

Ein zweiter Grund ist der Sanierungsstau in den Heizungskellern. Etwa drei Millionen Anlagen, die hierzulande Gebäude mit Wärme versorgen – also statistisch jede sechste von insgesamt 18 Millionen –, sind laut Schornsteinfegerhandwerk älter als 20 Jahre. Und auch die Heizkessel, die in den 1990-er Jahren installiert wurden, entsprechen längst nicht mehr dem →

KURZ & KOMPAKT

- Wärmemarkt stellt den **Löwenanteil** des Energieverbrauchs in Deutschland
- **Unklarer Kurs der Politik** lässt Verbraucher von Sanierungen Abstand nehmen
- Gebäudesanierung hat einen sehr großen **inländischen Wertschöpfungsanteil**
- Pflicht zum Einsatz erneuerbarer Energien im Gebäudebestand nach Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) **widerspricht den Grundpfeilern der Energiewende** und belastet private Haushalte

Stand der Technik – selbst wenn sie nach wie vor zuverlässig ihren Dienst tun.

„Wenn eine Heizung noch funktioniert, heißt das leider nicht, dass sie effizient arbeitet. Das ist vergleichbar mit einem Hochleistungssprinter, den Sie barfuß laufen lassen und ihm Bleigewichte ans Bein binden“, erklärt Michael Herma, Geschäftsführer des VdZ – Forum für Energieeffizienz in der Gebäudetechnik.

Denn die Anlagen sind in jüngster Zeit viel sparsamer geworden. So verwerthen Brennwert-Ölkessel heute bis zu 98 Prozent der im Heizöl enthaltenen Energie – mehr Effizienz ist physikalisch kaum möglich. Damit sind sie im Optimalfall um bis zu 30 Prozent effizienter als die alte Standardtechnik. Zudem lassen sie sich problemlos mit erneuerbaren Energien koppeln: mit Solarthermieanlagen, die in den Sommermonaten die komplette Warmwasserversorgung übernehmen, oder mit Holzkaminöfen, die den Heizölbedarf weiter senken.

Politik bremst Sanierungen

Jeder zweite Hausbesitzer macht sich laut einer aktuellen Studie von TNS Emnid zurzeit Gedanken darüber, wie er die Energieeffizienz seiner Immobilie verbessern kann. Dennoch wird heute gera-

de einmal ein Prozent aller bestehenden Gebäude energetisch saniert. Warum dieser Widerspruch? Auch darauf gibt die Emnid-Umfrage Antwort: Die Hälfte der Befragten nennt zu geringe und un- stetig fließende Fördermittel als Grund dafür, nicht in eine neue Heizung zu investieren.

Dabei hat sich die Bundesregierung eigentlich immer wieder dazu bekannt, die Modernisierungsquote mithilfe von Förderprogrammen zu steigern. „Wir stellen wirtschaftliche Anreize in den Mittelpunkt unserer Politik“, heißt es etwa im Energiekonzept. Und in der Tat hat die schwarz-gelbe Koalition vor einigen Monaten für das sogenannte CO₂-Gebäudesanierungsprogramm 1,5 Milliarden Euro bereitgestellt, die von der KfW-Bank als zinsgünstige Kredite oder Zuschüsse vergeben werden.

Doch nach Meinung vieler Experten reicht diese Summe längst nicht aus. „Um die im Energiekonzept der Bundesregierung geforderte Sanierungsrate von zwei Prozent pro Jahr zu erreichen, wären eigentlich fünf Milliarden Euro jährlich erforderlich“, betont Axel Gedaschko, Vorsitzender der Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI). Zudem müsse die KfW-Förderung

Jede fünfte
Heizungsanlage
ist älter als
24
Jahre

SORGE UM DIE TECHNOLOGIEOFFENHEIT

Neben den finanziellen Anreizen und den Marktinstrumenten setzt die Bundesregierung auch auf das Ordnungsrecht, um die Energieeffizienz von Gebäuden zu verbessern. Zentrales Instrument ist dabei die Energieeinsparverordnung (EnEV), deren neue Fassung im nächsten Jahr in Kraft treten soll. **Sie legt fest, wie viel Energie ein Neubau oder ein umfassend saniertes Bestandsgebäude maximal verbrauchen darf.** Dabei können die Eigentümer selbst entscheiden, auf welchem Wege sie die Anforderungen erfüllen. Dieses Prinzip der Technologieneutralität nennt die Bundesregierung als eine der Leitlinien ihres Energiekonzepts. Es soll sicherstellen, dass das Einsparziel auf möglichst wirtschaftliche Weise erreicht wird.

Umso erstaunlicher ist, dass sie sich im zweiten wichtigen Heizenergie-Regelwerk, dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG), von der Technologieneutralität wieder

verabschiedet hat. **Das Gesetz zwingt Bauherren, den Wärmebedarf von Neubauten zum Teil mit erneuerbaren Energien zu decken. Immer wieder wird diskutiert, diese Pflicht auch auf Bestandsbauten auszuweiten, wie es bereits in Baden-Württemberg der Fall ist.** Das allerdings könnte dazu führen, dass Hausbesitzer aus Kostengründen ganz auf eine Modernisierung verzichten, wie Erfahrungen aus Baden-Württemberg zeigen.

Auch die Förderung erneuerbarer Energien durch eine Abgabe auf konventionelle Brennstoffe verletzt das Konzept der Technologieneutralität. Eine solche sogenannte Wärmepremie prüft die Bundesregierung zurzeit im Zuge der Neufassung des EEWärmeG. Allerdings würde ein solches Modell die ohnehin schon stetig steigenden Kosten der Energieversorgung weiter in die Höhe schnellen lassen. Davon wären dann vor allem sozial schwächere Haushalte betroffen.

verstetigt werden, denn die Mittel sind zunächst nur bis 2014 eingeplant – Hausbesitzer benötigen aber Verlässlichkeit, sagt Gedaschko.

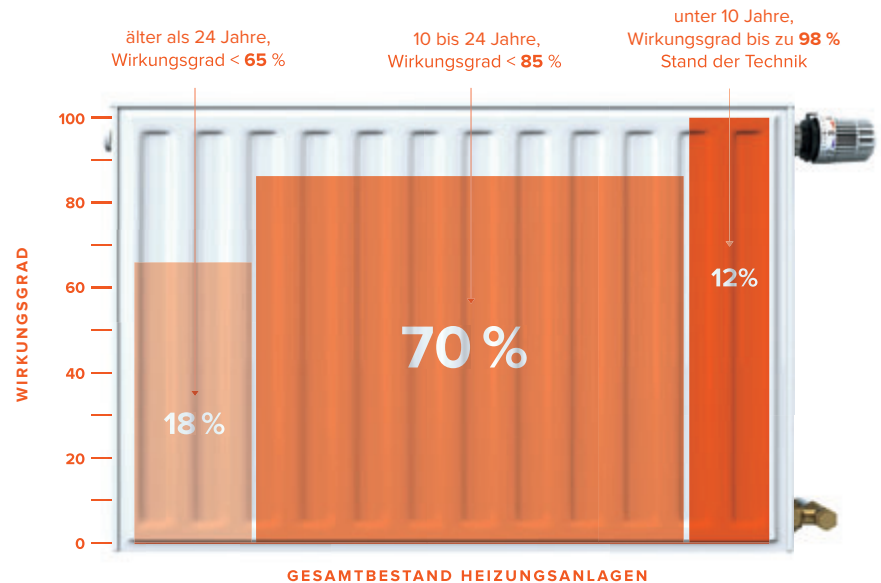
Das gilt auch für die steuerliche Förderung von Investitionen in Energieeffizienz-Maßnahmen, die seit mehr als einem Jahr vom Bundesrat blockiert wird. Die Länder fürchten, einen überproportionalen Anteil an der Förderung tragen zu müssen. „Der politische Zickzackkurs schreckt sanierungswillige Hausbesitzer ab, denn Investitionen ins Eigenheim brauchen Planungssicherheit“, erklärt Ingo Alphéus, Vorsitzender der Geschäftsführung der RWE Effizienz GmbH.

Umstritten ist zudem die Frage, ob auch einfache Sanierungsmaßnahmen wie etwa der Ersatz alter Heizkessel durch moderne Brennwerttechnik steuerlich gefördert werden sollen. Nach Meinung vieler Fachleute ist die Möglichkeit einer Förderung solcher Teilsanierungen unabdingbare Voraussetzung dafür, mehr Hausbesitzer zur Modernisierung zu motivieren. „Dadurch könnte die steuerliche Förderung eine Breitenwirkung entfalten“, schreibt Walter Rasch, Präsident des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) in einem offenen Brief an Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Die Staatskasse macht Plus

Immobilienbesitzer profitieren von einer energetischen Sanierung, da der Wert des Gebäudes steigt und die Betriebskosten sinken. Doch auch volkswirtschaftlich sind die Fördermittel gut angelegtes Geld: „Bei der energetischen Gebäudesanierung haben wir einen sehr großen inländischen Wertschöpfungsanteil, weil der Dienstleistungsgrad des Handwerks hoch ist und der Marktanteil der deutschen Industrie hier bei 90 Prozent liegt“, sagt Klaus Jesse, Präsident des Bundesindustrieverbands Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik (BDH). Zudem finanziere sich die staatliche Unterstützung quasi von selbst, meint Jesse: Jeder Förder-Euro löse das Acht- bis Neunfache an Investitionen aus. Durch Steuern und Abgaben fließe so viel Geld in die öffentlichen Kassen zurück, dass dem Staat unter dem Strich sogar ein Plus bleibe.

SIEHT ALT AUS: HEIZUNGSBESTAND IN DEUTSCHLAND



Quelle: Branchenprognose, Stand: 10/2009

Neben den finanziellen Anreizen gilt es nach Meinung zahlreicher Experten auch, Marktinstrumente zu nutzen, um die Sanierungsquote zu steigern. Dazu gehöre unter anderem, den bedarfsorientierten Energieausweis bei Vermietung, Verkauf und Verpachtung von Immobilien verpflichtend einzuführen und die Angabe von Energiekennwerten in kommerziellen Immobilienanzeigen auf Basis eines solchen Energiebedarfsausweises vorzuschreiben.

„Ein solcher Ausweis muss im Markt als das zentrale Instrument zur Schaffung von Transparenz etabliert werden“, fordert der Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur (dena) Stephan Kohler. Allerdings sei es nötig, ihn um eine verlässliche Anleitung zur energetischen Sanierung des Gebäudes zu ergänzen.

Damit würde der Besitzer konkrete Informationen erhalten, mit welchen Maßnahmen er die Effizienz seiner Immobilie sinnvoll verbessern kann. —

90%
beträgt der
Marktanteil
der deutschen
Industrie an
der Gebäude-
sanierung

„Gesetzes- entwurf ist nur noch ein Torso“

GESPRÄCH Axel vom Schemm
FOTO Haus & Grund

Wer die Energiewende will, muss sich um den Gebäudebestand kümmern, fordert Dr. Rolf Kornemann. Warum der Präsident von Haus & Grund Deutschland glaubt, dass die Politik mit der steuerlichen Förderung von Modernisierungsmaßnahmen grundsätzlich richtige Signale setzt, verrät er im Interview mit energie+Mittelstand.

? Herr Kornemann, das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Maßnahmen zur energetischen Sanierung steckt im Bundesrat fest. Wie ist die Stimmung unter den 900.000 Mitgliedern von Haus & Grund Deutschland, die Immobilienbesitzer sind?

! Viele Eigentümer sind sehr verunsichert. Ob Vermieter oder Selbstnutzer: Alle warten darauf, dass etwas geschieht, die Politik verspricht Unterstützung, doch es bewegt sich nichts. Deshalb warten Immobilieneigentümer ab. In erster Linie kommt es jetzt darauf an, dass Eigentümer energetische Modernisierungen an ihren Immobilien schneller steuerlich absetzen können, was mit der ursprünglichen Form des 2011 vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes erreicht worden wäre.



ZUR PERSON

Dr. Rolf Kornemann ist seit 2007 Präsident von Haus & Grund Deutschland. Zuvor leitete er den Landesverband Württemberg und war seit 2004 Vizepräsident des Zentralverbands.

? Angenommen, das Gesetz kommt doch noch. Können Eigenheimbesitzer dann aufatmen?

! In seiner ursprünglichen Form haben wir das Gesetz begrüßt, denn es hätte für Eigentümer wesentliche Vorteile gebracht. Doch davon ist keine Rede mehr. So soll die Förderung insgesamt gedeckelt werden. Außerdem sind die energetischen Anforderungen irrsinnig hochgeschraubt worden. Kurzum: Das, was zuletzt über das Gesetz kolportiert wurde, war nur noch ein Torso der ursprünglichen Pläne.

? Mit welcher Konsequenz?
! Mit der, dass wenig bis gar nicht mehr modernisiert wird, was dem Klimaschutz wenig nützt. Es muss endlich Schluss sein mit dem

Denken in Leuchtturmprojekten. Schön, dass wir Nullenergiehäuser bauen können. In der Praxis macht es aber niemand, weil es viel zu teuer ist. Der Neubaustandard legt die Latte aus energetischer Sicht bereits sehr hoch. Damit die Förderung möglichst oft in Anspruch genommen werden kann, sollte dieser oder ein Standard, der 15 Prozent darüber liegt, angestrebt werden. Wer den 85er-Standard bei der Sanierung erreichen will (*das bedeutet, das Haus verbraucht nach der Sanierung 85 Prozent der Energie eines vergleichbaren Neubaus nach EnEV, Anm. d. Red.*), muss zu viele Maßnahmen gleichzeitig durchführen. Was dabei gern vergessen wird, ist die Frage der Kreditwürdigkeit.

? Was meinen Sie genau?

! Die meisten unserer 900.000 Mitglieder sind zwischen 58 und 64 Jahre alt. Was glauben Sie, was die zu hören bekommen, wenn sie zur Bank gehen und ein Darlehen über 60.000 Euro abschließen wollen? Ich habe viele Jahre bei einem Baufinanzierer gearbeitet und weiß: Viele Immobilienbesitzer sind mit Blick auf solche Summen kreditunwürdig.

? Gibt es denn auch noch sinnvolle Ansätze in dem Gesetzesentwurf?

! Ja. Derzeit ist es so, dass Selbstnutzer Einzelmaßnahmen wie den Austausch einer veralteten Heizungsanlage steuerlich zumindest in kleinem Umfang als haushaltsnahe Handwerkerleistungen mit jährlichem Höchstbetrag absetzen können. Das neue Gesetz ermöglichte zusätzlich eine „Sanierung in Raten“, es müsste also kein Eigentümer alle energieeffizienten Baumaßnahmen auf einmal durchführen.

? Der Bundestag hat jüngst die Förderung der energetischen Gebäudesanierung durch die KfW bis 2014 verlängert. Reicht das?

! Grundsätzlich ist das zu begrüßen, bis 2014 sind jährlich 1,5 Milliarden Euro gesichert. Das ist ein hoher Betrag – insbesondere mit Blick auf die notwendige Haushaltskonsolidierung. Aber es ist wichtig, das Niveau über 2014 hinaus aufrechtzuerhalten, statt die jährliche Summe zu erhöhen oder dauernd die Rahmenbedingungen zu ändern. Eigentümer brauchen Planungssicherheit, und zwar über Jahre.

? Wieso brauchen Sie Planungssicherheit über so einen langen Zeitraum?

! Ein Immobilienbesitzer ist kein Homo oeconomicus, der sofort sein Haus sanieren lässt, sobald er von Fördergeldern erfährt. Er muss

das mit seiner Familie besprechen, Handwerker kontaktieren, Angebote einholen. Viele müssen sich auch erst einmal durch den Förderdschungel quälen. Das geht nicht in einer Woche, das braucht einen Planungshorizont von zwei, drei Jahren.

? Sind aus Ihrer Sicht auch Effizienzmaßnahmen grundsätzlich förderfähig?

! Die Programme der KfW zielen primär auf die Energieeffizienz des Gebäudebestandes ab. Dies ist auch richtig, da es wichtig ist, den Energieverbrauch unabhängig von der genutzten Energiequelle zu senken. Gerade in Ein- und Zweifamilienhäusern sind aber noch viele veraltete Heizungen im Einsatz, die meist nicht modernisiert werden, weil den Eigentümern das Geld dazu fehlt. Es ist daher notwendig, kostengünstige energetische Modernisierungen zu ermöglichen, zum Beispiel in Form von effizienten Brennwertkesseln in Kombination mit regenerativen Energien. Es ist doch klar: Wenn man die Energiewende will, dann ist der Gebäudebestand der Schlüssel dazu. Die Förderung sollte technologieoffen erfolgen, damit sich der Eigentümer für die für sein Gebäude geeignete Variante frei entscheiden kann.

? Anreize statt Ordnungsrecht?

! Die Bundesregierung hat ihr Wort gegeben, dass es keinen Zwang zu Modernisierungen geben wird. Ich hoffe, dass dieses Wort dauerhaft Bestand hat. Doch das Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetz des Bundes kennt leider eine Klausel, die den Ländern Raum für eigene Gestaltungen lässt. Wenn Länder von dieser Klausel Gebrauch machen, indem ein Anteil an erneuerbaren Energien bei Modernisierungen vorgeschrieben wird, hat das für den Umweltschutz eher negative Folgen. In Baden-Württemberg beispielsweise werden nämlich mit dem Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz weniger Heizungen ausgetauscht als vorher. Der Bundestag sollte daher die Länderöffnungsklausel umgehend streichen.

? Der Bund will angeblich nach dem Vorbild der Abwrackprämie Hauseigentümern eine Prämie zahlen, die ihre alte Öl- oder Gasheizung gegen eine neue Anlage tauschen.

! Der einzig uns bekannte Vorschlag des Bundesumweltministeriums sieht eine Prämie für Hauseigentümer vor, die ihre Gas- oder Ölheizungen durch solche ersetzen, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Der Austausch des Energieträgers ist damit entscheidend, nicht Alt gegen Neu oder Ineffizient gegen Effizient. Statt einer Abwrackprämie ist das eher eine Strafsteuer auf Öl und Gas, denn wer wirtschaftlich mit konventionellen Energien heizt, soll diese Prämie per Zuschlag auf den Öl- oder Gaspreis finanzieren. Wir lehnen das mit Nachdruck ab. ■



WEITERE
INFOS AUF
www.heat-kongress.de

Heiße Debatten in Berlin

TEXT Axel vom Schemm

FOTOS Riess Photography

HEAT-Kongress Herbst 2012. Bei der Fachtagung für mobile und speicherbare Wärme in Berlin diskutierten jüngst Vertreter aus Wirtschaft und Politik. Fazit: So konträr die Ansichten zur Energiewende auch sind – einig waren sich die Beteiligten, dass der Energieträger dabei eine zentrale Rolle spielen muss.

Gegen 10.20 Uhr brandete Applaus auf. Die rund 200 Gäste des HEAT-Kongresses im Leonardo Royal Hotel Berlin Alexanderplatz drückten Udo Weber ihre Zustimmung aus. Der neue UNITI-Vorsitzende traf mit seinen Begrüßungsworten offenbar den Nerv der Vertreter der mittelständischen Energiewirtschaft. „In der Politik werden bei der Energiewende Effektivität und Effizienz mitunter gern verwechselt“, sagte Weber. Spitzzüngig kritisierte er das

Handeln der Bundesregierung, das oft auf positive öffentliche Wahrnehmung ziele, wesentliche Aspekte der selbst gesetzten Klimaziele aber außer Acht lasse.

UNITI begrüßt energiepolitische Ziele

Weber betonte die nach wie vor große Bedeutung konventioneller Brennstoffe in der Energiewende. „Flüssige und gasförmige Energieträger werden auf absehbare Zeit nicht aus Deutschland verschwinden,

sondern vielmehr weiterhin Grundlage einer zuverlässigen Versorgung der Menschen mit Wärme bleiben“, betonte Weber. Auch weil gerade hier der Einsatz modernster Technologien enorme CO₂-Einsparpotenziale biete. Die Reduzierung des Primärenergiebedarfs müsse weiter im Mittelpunkt stehen – und die sei am wirksamsten erreichbar durch die energetische Sanierung im privaten Gebäudebestand. Dafür müssten allerdings passge-



WER DISKUTIERT MIT?

Udo Weber, Vorsitzender UNITI e.V. / **Stefan Brok**, Vorsitzender Institut für Wärme und Oeltechnik e.V. / Staatssekretär **Jürgen Becker**, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) / Staatssekretär **Uwe Hüser**, Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz / Ministerialrat **Peter Rathert**, Leiter des Referates Gebäude- und Anlagentechnik, technische Angelegenheiten des energiesparenden Bauens und der Nutzung Erneuerbarer Energien, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung / **Dr. Rolf Kornemann**, Präsident Haus & Grund Deutschland / **Oliver Krischer**, MdB, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen / **Andreas Lücke**, Hauptgeschäftsführer Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik (BDH) / **Christian Stolte**, Bereichsleiter Energieeffiziente Gebäude, Deutsche Energie-Agentur / **Dr. Alois Kessler**, Forschung und Innovation, EnBW Energie Baden-Württemberg AG / **Eckhard Fangmeier**, Vorstand und Sprecher Bioenergiedorf Jühnde eG / MdB **Stephan Mayer**, innen- und rechtspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, Mitglied der Koalitionsarbeitsgruppe CDU/CSU und FDP „Ländliche Räume“ / **Prof. Dr. Dieter Wolff**, Institut für energieoptimierte Systeme, Ostfalia Hochschule Wolfenbüttel / **Manfred Greis**, Vizepräsident BDH / **Martin Bentele**, geschäftsführender Vorsitzender Deutscher Energieholz- und Pellet-Verband e.V. / **Hans-Günther Beyerstedt**, Präsident Bundesverband des Schornsteinfegerhandwerks-Zentralinnungsverband / **Wolf-Dieter Dötterer**, Vorstand GIH Bundesverband Gebäudeenergieberater, Ingenieure, Handwerker e.V. / **Andreas Müller**, stellvertretender Hauptgeschäftsführer Zentralverband Sanitär Heizung Klima / **Rainer Scharr**, Vorsitzender, Deutscher Verband Flüssiggas e.V. und weitere Vertreter des mittelständischen Energiehandels.



naue Rahmenbedingungen her. Mit seinem Grundansatz der Technologieoffenheit und Wirtschaftlichkeit gehe das Energiekonzept der Bundesregierung in die richtige Richtung.

Und Staatssekretär Jürgen Becker vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ließ im Anschluss keinen Zweifel daran, dass diese Leitplanken des Energiekonzepts weiterhin das Fundament zur Umsetzung der Energiewende bilden.

Energie muss bezahlbar bleiben

So erinnerte beispielsweise Stefan Brok, Vorstandsvorsitzender der Aral AG und Vorsitzender des Instituts für Wärme und Oeltechnik, mit Blick auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz daran, dass Wärme und Strom auch bezahlbar bleiben müssen. Uwe Hüser, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium, skizzierte die ganz eigenen Pläne seines Bundeslands. Die dortige rot-grüne Landesregierung plant, bis 2030 komplett auf

konventionelle Energieträger bei der Stromerzeugung zu verzichten.

So konträr die Diskussionen waren, so groß war die Einigkeit der Vertreter des Energiemittelstands: Die Politik muss für einen langfristig verlässlichen und tragfähigen Rahmen sorgen, um Branchen und Verbrauchern Planungssicherheit zu geben. Ohne Zusammenarbeit mit der mittelständischen Energiewirtschaft wird sie die Klimaziele nicht erreichen können.

Auch dafür gab es Applaus. ■



Und die Geschäfte laufen wie geschmiert

TEXT Axel vom Schemm

FOTOS Zeller+Gmelin

Von wegen Provinz: **Schmierstoffhersteller Zeller+Gmelin** aus Eislingen ist weltweit erfolgreich, selbst im fernen China. Dort zahlten die Schwaben Lehrgeld. Denn Chinesen nicken gern freundlich.

↑ Zum Bohren: Bei schwierigsten Bearbeitungsvorgängen kommen Hochleistungskühlschmierstoffe von Zeller+Gmelin zum Einsatz. Das Bild zeigt ein Produkt aus der Reihe „Zubora 1000 Ultra“. Bei der Namensgebung bewies ZG Humor. Zubora geht auf „Zum Bohren“ in schwäbischer Mundart zurück: „Des isch zu bora“.

KURZ & KOMPAKT

- Zeller+Gmelin füllt mit seinem Portfolio eine **Marktnische**, die für die Großindustrie uninteressant ist
- Als Geschäftsführer des **energieintensiven Unternehmens** unterstützt Andreas Mahlich die Energiewende, hätte sich aber eine sinnvollere Strategie der Politik gewünscht

Wer zum Frühstück genüsslich einen Fruchtjoghurt löffelt, hält ein Produkt von Zeller+Gmelin (ZG) in der Hand. Freilich ist es nicht der Inhalt, den der Hersteller von Industrieschmierstoffen, Schmierstoffen für den Automotivbereich und industriechemischen Produkten liefert. Es ist vielmehr die Druckfarbe – ein Erzeugnis aus dem vierten großen ZG-Geschäftsbereich – auf dem Becher, die aus dem schwäbischen Eislingen stammt. „Unsere Produkte finden sich oft im Alltag wieder – man sieht sie nur nicht immer auf den ersten Blick“, sagt Andreas Mahlich, ZG-Geschäftsführer Marketing und Vertrieb.

Tatsächlich tauchen ZG-Produkte in Bereichen auf, wo man sie nicht unbedingt erwartet. Neben den genannten Lebensmittelverpackungen bringen ZG-Erzeugnisse auch auf klassischen Druckwerken, Kreditkarten und sogar Geldscheinen Farbe ins Spiel. Und ohne das Kernsegment des Traditionsunternehmens, die Produktion hochwertiger Industrieschmierstoffe in 700 Varianten, würde in Deutschland kaum ein Autoreifen ent-

stehen. Bei der Herstellung der Drahtgeflechte in den Reifen läuft vielerorts nur mit Ziehmitteln aus Eislingen alles wie geschmiert.

Gestärkt aus der Krise gekommen

Letzteres gilt auch für die Geschäftsentwicklung von ZG. Aus der Wirtschaftskrise, die im Schwabenland 2008 mit einem Umsatzrückgang von 50 Prozent bei den Industrieschmierstoffen zu Buche schlug, ist das Unternehmen offenbar gestärkt hervorgegangen – nicht zuletzt, weil das Fundament stimmte. „In Kooperation mit unserer Belegschaft ist es gelungen, diese schwierige Phase ohne Entlassungen zu überstehen“, sagt Mahlich. Inzwischen stehe das Geschäft wieder auf einer sehr soliden Basis, berichtet der Geschäftsführer, im Stammwerk in Eislingen arbeiten 450 Mitarbeiter, weltweit sind es rund 800.

Doch wie behauptet sich ein mittelständisches Unternehmen auf einem Markt, auf dem sich Branchenriesen wie Castrol oder Exxon tummeln? „Natürlich könnten theoretisch auch die großen Mine-

ralölunternehmen Produkte wie unsere herstellen. Aber das Geschäft, wie wir es betreiben, rechnet sich für die Multis nicht“, sagt Mahlich. Denn ZG verkauft nicht in erster Linie Industrieschmierstoffe, Farben und Lacke, sondern Know-how. Mahlich: „Unsere Spezialität ist es, unseren Kunden ein maßgeschneidertes Produkt zu liefern.“

Kulturelle Hürden im Reich der Mitte

Der Aufwand, den ZG dafür betreibt, ist hoch. Am Standort feilen 80 Mitarbeiter in firmeneigenen Forschungslabors ständig an Verbesserungen, tägliche Betreuung der Geschäftspartner in deren Werkhallen gehört dazu. Die Experten kennen die Arbeitsprozesse der Kunden und deren Maschinen und nehmen diese Einblicke mit ans Reagenzglas. Und neben einem optimierten Schmierstoff bekommt der Kunde eine professionelle Beratung dazu, wie der Spezialschmierstoff an der Maschine eingesetzt werden muss – mehr Praxisorientierung geht kaum. 200 Neu- und Weiterentwicklungen sowie 200 Produktoptimierungen realisierte ZG 2011, wobei manche Prozesse schon einmal zwei bis drei Jahre dauern können und die Abnahmemengen aus Sicht eines Multis klein sind. „Aber für uns rechnet sich das“, sagt Mahlich, der in dem hohen Spezialisierungsgrad den Schlüssel dafür sieht, dass der deutsche Mittelstand im Segment der Industrieschmierstoffe „so hervorragend aufgestellt“ sei.

Die enge Kundenbeziehung von Mittelstand zu Mittelstand ist auch der Grund dafür, warum viele Kunden nicht auf den bewährten Geschäftspartner verzichten wollen, sobald sie ins Ausland expandieren. Daher folgt ZG seinen Auftraggebern und überrascht beim Blick auf

die Standortliste neben erwartbaren Niederlassungen in Europa auch mit Produktionsstätten in den USA, in Mexiko und seit kurzem auch in Asien. „Eines unserer Ziele ist es, in allen relevanten Märkten vertreten zu sein. Und da rund 50 unserer Kunden in China vertreten sind, war die Entscheidung leicht, dorthin zu gehen. Schwierig wurde es erst, als wir vor Ort begannen“, erinnert sich Mahlich.

Denn während die komplizierten Behördengänge mithilfe chinesischer Partner in einem Joint Venture recht reibungslos bewältigt werden konnten, machten dem Geschäftsführer Sprach- und Mentalitätsunterschiede der einheimischen Belegschaft mehr Kopfzerbrechen. „Ich war der Meinung, dass eine klare Strategie und ein schlüssiges Konzept auch in China verstanden werden, aber da haben wir Lehrgeld gezahlt“, sagt Mahlich. Manchmal diskutiere man stundenlang über Prozesse und deren Umsetzung und glaubte, alles sei geklärt. Dass die chinesischen Kollegen eine andere Vorstellung von den Prozessen haben, habe sich anfangs erst im Nachhinein gezeigt. „Im Gespräch fällt das nicht auf, denn Chinesen nicken immer freundlich zu allem“, sagt Mahlich. Freundlich scheint auch die Zukunft, für die ZG ge-



„Unser Geschäft ist von Mittelstand zu Mittelstand.“

Andreas Mahlich,
Geschäftsführer Marketing und Vertrieb
Zeller+Gmelin GmbH & Co. KG

rüstet ist. Die strenge REACH-Verordnung der EU zur Registrierung, Bewertung und Beschränkung von Chemikalien hat das Unternehmen als Herausforderung angenommen und zwei Spezialisten eingestellt, die sich um den Bereich kümmern. Mahlich gewinnt dem eine positive Seite ab: „Das kostet uns viel Geld, trennt auf dem Markt aber die Spreu vom Weizen“, sagt er – freundlich nickend. —

ZELLER+GMELIN

EISLINGEN

Die lange Geschichte der Zeller+Gmelin GmbH & Co. KG reicht bis ins Jahr 1866 zurück. Der Stuttgarter Apotheker Paul Gmelin und der Pfarrerssohn Albert Zeller taten sich zusammen mit der Idee, Öl aus den Schiefervorkommen der Schwäbischen Alb zu gewinnen. Mit Brennstoff für Petroleumlampen feierten sie erste Erfolge. Bald kamen Schmierstoffe für einen aufstrebenden Automobilhersteller aus der Nachbarschaft – ein Unternehmen namens Mercedes – hinzu. Heute produziert Zeller + Gmelin viele hundert verschiedene Industrieschmierstoffe, Druckfarben und industriechemische Produkte. Am Stammsitz in Eislungen sowie 16 Tochterunternehmen weltweit arbeiten mehr als 800 Mitarbeiter. www.zeller-gmelin.de



← Doppelt grün: Nicht nur dieser Industrieschmierstoff trägt die Farbe der Natur. Zeller+Gmelin verfolgt als Unternehmen das Ziel, zur „Green Chemical Company“ zu werden. Über die gesetzlichen Anforderungen hinaus legt ZG dafür unter anderem Wert auf die größtmögliche Schonung natürlicher Ressourcen im Produktionsablauf.

← 10.000 Probenanalysen pro Jahr: Jeder fünfte ZG-Mitarbeiter ist in der Entwicklung aktiv. Das ermöglicht, Produkte stets nach Kundenwunsch maßzuschneidern.

KURZ & KOMPAKT

- Rentabilität von Fernwärme hängt vor allem **von der Witterung** ab
- Anschlusszwang an Fernwärmenetze lässt Verbraucher **bei Sanierungen der Heizungsanlagen** zögern
- Verpflichtung der Bürger verhindert den freien Markt und dient **vor allem den kommunalen Versorgern**



ZWINGEND, *aber nicht notwendig*

FERN
WÄRME
ANSCHLUSS
ZWANG

TEXT Matthias Schatz

Fernwärme gilt gemeinhin als klimafreundlich. Dennoch soll sie zunehmend, gerade im Osten Deutschlands, auch mit Anschlusszwang durchgesetzt werden. Das geht oft einseitig zugunsten von kommunalen Versorgern – und zulasten mittelständischer Energiehändler, der örtlichen Heizungsbauer und der Interessen von Haus- und Wohnungseigentümern.

Es sieht kurios aus. Mehr als 20 Meter überragt das Dach des Südturms die spitze Haube seines nördlichen Pendants am Westwerk der Martinikirche. Deswegen ist das gotische Gotteshaus eines der Wahrzeichen Halberstadts geworden. Es ist auch eines der wenigen Bauwerke, die den Zweiten Weltkrieg in dem Ort 20 Kilometer nördlich des Harzes überstanden, wenngleich sehr beschädigt. Mehr als 80 Prozent des historischen Zentrums wurden damals zerstört. Und viele der Fachwerkbauten, die dann noch übrig waren, verfielen bis zur Wende oder wurden abgerissen. Mit den an ihrer Stelle hochgezogenen Plattenbauten vererbte die DDR dem wiedervereinigten Deutschland eine gleichfalls meist renovierungsbedürftige Besonderheit: die Fernwärmeheizung. Und das nicht nur in der mit rund 43.000 Einwohnern größten Stadt des Landkreises Harz in Sachsen-Anhalt. So werden in den neuen Bundesländern rund ein Drit-

tel aller Gebäude auf diese Weise geheizt. In Westdeutschland sind es dagegen nur neun von 100.

Seltene Koalition von Linken und CDU
In Halberstadt beliefert der lokale Versorger, die Halberstadtwerke, gegenwärtig rund 4.500 Kunden auf diese Art und Weise. Es dürften nun mehr werden, denn der Rat der Kreisstadt hat Ende September 2012 mit großer Mehrheit, die sowohl Stimmen der Linken als auch der CDU umfasste, eine „Klimasatzung zur öffentlichen Bereitstellung von Wärme“ beschlossen. In weiten Teilen des Stadtzentrums müssen demnach Neubauten an das Fernwärmenetz angeschlossen werden. Bestehende Heizungsanlagen sollen spätestens nach 20 Jahren weichen. Und sogar früher schon, wenn sie ersetzt oder modernisiert werden müssen.

Protest gegen Monopol

Halberstadt ist bei weitem nicht die einzige deutsche Kommune, wo die Bürger künftig per Zwangsverordnung mit Fernwärme versorgt werden sollen. „Im Zuge der Energiewende greifen solche Anschlusszwänge besonders in den neuen Bundesländern um sich“, registriert UNITI-Geschäftsführer Dirk Arne Kuhrt. In jüngster Zeit sei dies beispielsweise auch in Neuruppin und Greifswald der Fall gewesen. Doch Zwang und Marktwirtschaft passen nach Kuhrts Meinung nicht zusammen. „Entweder Preis und Leistung sind so gut, dass kein Zwang notwendig ist. Oder das Produkt ist zu teuer oder nicht gut genug“, plädiert der UNITI-Experte für Wahlfreiheit in Sachen Wärmeenergie. So aber werde die Vielfalt der Wärme- →



FERNWÄRME UND ANSCHLUSSZWANG

Bei der Fernwärme wird heißes Wasser in Rohrleitungen vom Heizkraftwerk zum Verbraucher geleitet. Sämtliche Bundesländer sehen die Möglichkeit eines Anschluss- und Benutzungszwangs für Fernwärme vor. Voraussetzung ist, dass er aus Gründen des „Gemeinwohls“ oder der „Volksgesundheit“ respektive der Luftreinhaltung erforderlich ist. Er kann auch aus Gründen des allgemeinen Klimaschutzes eingeführt werden.

versorgungssysteme beschnitten. „Das widerspricht im Übrigen den energiepolitischen Leitplanken des Bundes mit seinem technologieoffenen und marktorientierten Ansatz.“

Einig weiß sich Kuhrt dabei mit verschiedenen Organisationen. So hatte UNITI zusammen mit der Industrie- und Handelskammer Magdeburg und dem Mitteldeutschen Handelsverband für Brennstoffe, Mineralöle und Energieservice Halle die Ratsmitglieder in Halberstadt aufgefordert, von dem Beschluss abzusehen. Auch die örtliche Wohnungsbaugenossenschaft Halberstadt eG, kurz WGH, haben die Kritiker des zwanghaften Fernwärmeanschlusses auf ihrer Seite. „Wir wollen weiterhin Wettbewerb bei der Energieversorgung haben und uns nicht in die Hand eines Monopolisten be-

geben“, begründet deren Vorsitzender Karl-Heinz Schönfeld die Kontrahaltung zum Halberstädter Ratsbeschluss.

Prominente Unterstützung bekommen die Gegner des Anschlusszwangs dabei von den Wettbewerbshütern des Bundeskartellamts. Die Bonner Marktaufsicher monieren in ihrer im August 2012 präsentierten „Sektoruntersuchung Fernwärme“ nach drei Jahren Arbeit „klare wettbewerbliche Defizite auf den Fernwärmemärkten“. Das Kartellamt hat Preisunterschiede von bis zu 100 Prozent ermittelt und bilanziert, dass Fernwärme tendenziell dort teurer ist, wo die Kommunen den Anschluss an das Netz vorschreiben. Die Experten um Kartellamtschef Andreas Mundt empfehlen daher, solche rechtlichen Monopolstellungen nicht länger einzuräumen.



„Wir wollen Wettbewerb bei der Energieversorgung und uns nicht in die Hand eines Monopolisten begeben.“

Karl-Heinz Schönfeld,
Vorsitzender örtliche
Wohnungsbaugenossenschaft
Halberstadt eG

Auch im brandenburgischen Neuruppin, wo eine ähnliche Satzung wie in Halberstadt bereits im Frühjahr dieses Jahres beschlossen wurde, hatte sich frühzeitig Widerstand gegen den Anschlusszwang geregelt – allerdings ohne Erfolg. Zu den Kritikern in der Fontanestadt gehört bis heute Ingo Karbe, der dort Vorsitzender des Eigentümerverbands Haus & Grund für die Region Ostprignitz-Ruppin ist. „Die Mehrzahl unserer Mitglieder hat prinzipiell nichts gegen Fernwärme, wohl aber gegen den Anschlusszwang“, unterstreicht er.

Wirtschaftlichkeit umstritten

Der Anschlusszwang ist ein Ärgernis und Wettbewerbshemmschuh. Die häufig ungenügende Wirtschaftlichkeit von Fernwärme stellt für Hausbesitzer und Mieter zudem ein ernstes ökonomisches Problem dar: Nach Meinung von Jörg Lenk hängt die Rentabilität der Fernwärme unter anderem von der Witterung ab. „Die Kosten für die Aufrechterhaltung des Betriebes und der Instandhaltung des Netzes müssen aber auch beglichen werden, wenn weniger verbraucht wird“, meint der Umweltexperte von UNITI. Die Folge: Damit steigen anteilig diese vom eigentlichen Verbrauch unabhängigen Kosten. Zu tragen hätten sie die Abnehmer. Die Nutzung von Fernwärme kann folglich für den Verbraucher insgesamt sehr schnell teurer werden, als das Betreiben von effizienten individuellen Wärmeversorgungssystemen.

Umweltfachmann Lenk wendet überdies ein, dass Wohnungs- und Haus-

WENIGE NACHBARN, HOHE FERNWÄRMEVERLUSTE

Siedlungstyp	Verteilungsverlust*	
	Bandbreite	Mittelwert
 Einfamilienhaussiedlung (EFH) niedriger Dichte	25–45	35
 EFH-Siedlung hoher Dichte, Reihenhäuser	15–30	25
 Zeilenbebauung mittlerer Dichte (3–5 Geschosse)	5–15	10
 Zeilenbebauung hoher Dichte, Hochhäuser	2–10	6

* bezogen auf die real beheizte Fläche in Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr

Quelle: Prof. Dr. Dieter Wolff



„Fernwärme? Lohnt sich nicht bei jedem Gebäude“

Dieter Wolff, Professor für „Heizungstechnik“ und „Wirtschaftlichkeit energietechnischer Anlagen“ an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften in Wolfenbüttel, über Nutzen und Grenzen der Fernwärme

Wie steht Fernwärme im Vergleich zu fossilen Energieträgern wie Heizöl und Erdgas da?

Das kommt vor allem auf die Art des Gebäudes und dessen Standort an. Für ein gut wärmedämmtes Einfamilienhaus auf dem Land macht Fernwärme keinen Sinn. Es geht auf dem Transportweg zu viel Energie verloren, nämlich mehr als die von uns als Grenzwert ermittelten zehn bis 15 Kilowattstunden je Quadratmeter beheizter Fläche pro Jahr. Heizöl ist dort meist umweltschonender, auch Erdgas. Regenerative Energie sowieso. Fernwärme macht dagegen Sinn bei großen städtischen Neubausiedlungen ab typischerweise 2.000 Wohnungen, bei denen ein Haus aus etwa 20 Einheiten besteht, schon ein intaktes Fernwärmenetz vorhanden und das Heizkraftwerk nicht weit weg ist.

Die Bundesregierung will bis 2020 ein Viertel des Stroms aus der Kraft-Wärme-Kopplung gewinnen und hat deshalb deren Förderung verbessert. Damit entsteht zumindest potenziell auch mehr Fernwärme. Macht das auf lange Sicht Sinn?

Das ist fraglich. Der Stromverbrauch wird nach den Zielen der Bundesregierung bis 2050 leicht sinken und der Energiebedarf für Wärme sich bis dahin fast halbieren. Zugleich wird die regenerative Energiegewinnung stark ausgebaut. Das bedeutet: Die Kraft-Wärme-Kopplung in Nah- und Fernwärmenetzen ist zur Stromgewinnung und dann auch zur Wärmeabgabe bald nicht mehr zeitgemäß und ökologisch unterlegen. Sie ist eher eine Brückentechnologie für die nächsten 20 Jahre. Man kann KWK auch ohne Fernwärme und die damit verbundenen Wärmeverluste einsetzen. Wenn das Gerät leistungsmäßig klein genug ist, wird nur ein Gebäude mit Wärme und Strom versorgt. An entsprechenden Wärme- und Stromspeicherkonzepten muss allerdings noch gearbeitet werden.

Was raten Sie Hausbesitzern in der gegenwärtigen Situation?

In den meisten Fällen ist es am sinnvollsten, die bisherige Anlage und den bisherigen Brennstoff vorerst beizubehalten und generell individuelle Lösungen anzustreben. Beim heutigen Stand der Technik ist ein Effizienzvorteil zentraler Großkessel nur noch in Ausnahmefällen gegeben.

eigentümer bei einem Anschlusszwang von einer Investition in umweltschonendere Anlagen absehen könnten. Das hat automatisch Auswirkungen auf das örtliche Handwerk: Es montiert weniger neue Heizanlagen. Und die Zahl der bestehenden, die es wartet, wird ebenfalls geringer. Dabei kann je nach Lage sogar die Befeu-erung mit Heizöl effizienter und schadstoffärmer sein (siehe Interview). „Viele mittelständische Unternehmen, die vor allem im ländlichen Raum der Garant einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung sind, werden so aus dem Markt gedrängt“, prognostiziert Dirk Arne Kuhr.

Immerhin: Ein Schlupfloch aus dem Anschlusszwang gibt es dann doch. In der Regel sehen Klimaschutzgesetze Befreiungen vom Anschlusszwang vor. In Halberstadt beispielsweise ist das der Fall für Heizungsanlagen, die nicht mit konventionellen Brennstoffen betrieben werden und einen besseren Primärenergiefaktor haben. Weiter mit Heizöl oder Erdgas darf sich dort wärmen, wer nachweist, dass seine Anlage nicht mehr Schadstoffe abgibt, als auf ihn anteilig bei der Fernwärmeerzeugung entfallen.

Stadtwerke schöpfen aus dem Vollen

Doch solche Befreiungen werden nach den Erfahrungen Lenks von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich gehandhabt. Ein Eigentümer im baden-württembergischen Aalen habe bis zum Bundesverwaltungsgericht klagen müssen, ehe er vom Anschlusszwang befreit worden sei. In Greifswald hingegen müsse keiner Fernwärme beziehen, der mit Holzpellets heize. „Sehr kooperativ“, so Ingo Karbe, zeigten sich auch die Stadtwerke in Neuruppin. Der jüngste Beschluss des Stadtrats von Halberstadt aber

hat noch eine weitere, nicht seltene Pikanterie: Die Halberstadtwerke gehören zu drei Vierteln der städtischen Holding NOSA GmbH. „Vor versammeltem Publikum erklärten die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD, dass es beim Fernwärmezwang unterm Strich um die Absicherung von Gewinnabführungen an die NOSA und die Thüga geht“, berichtet der WGH-Vorsitzende Karl-Heinz Schönfeld. „Die Verpflichtung zur Fernwärmenutzung soll oftmals den kommunalen Stadtwerken dienen“, erhardt Jörg Lenk sei-

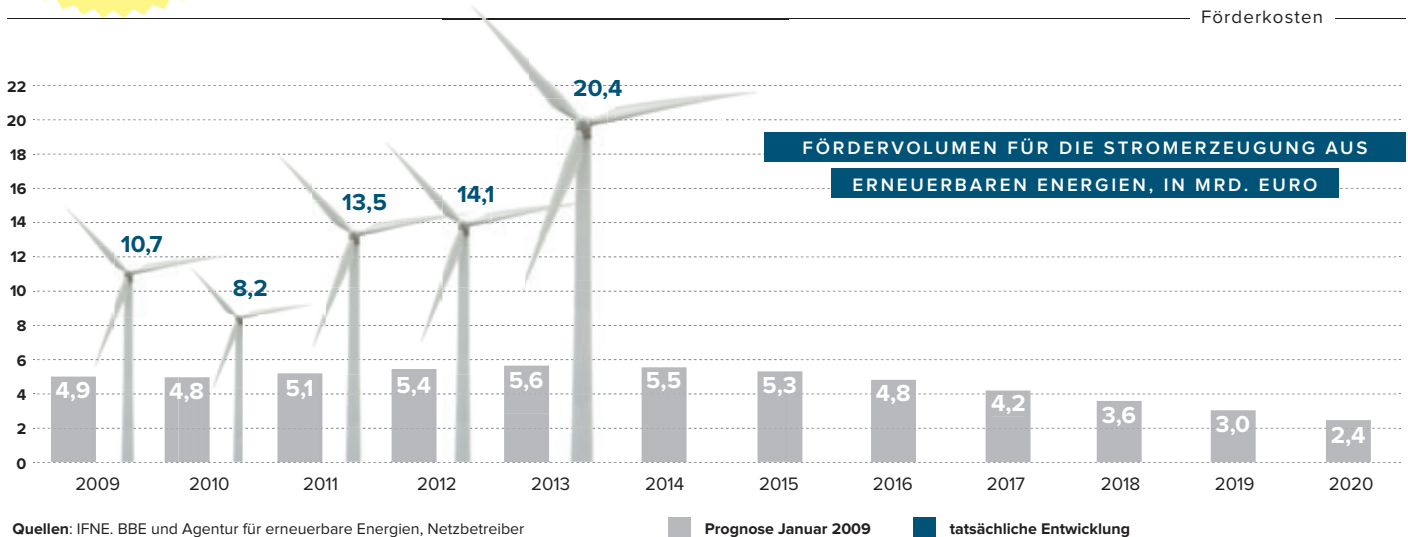
nen Verdacht. „Insbesondere bei großen Anlagen, die viele Anschlüsse brauchen, um wirtschaftlich zu arbeiten.“

Wenn kommunale Energieversorger den Anschlusszwang finanziell nötig haben, er aber für den Klimaschutz nicht notwendig ist, werden die Wettbewerbsbedingungen noch stärker verzerrt. Dabei erscheinen sie jetzt schon so unterschiedlich wie die beiden Turmhelme der Martinikirche. Die Halberstadtwerke wollten sich übrigens gegenüber UNITI nicht zu dem Thema äußern. ■



Alles bio, oder was?

Bio und öko, wohin man schaut: Handyanbieter werben mit Umwelttarifen, der Staat pumpt Milliarden in Wind- und Solarenergie, Bierbrauer retten den Regenwald und wer in Deutschland einkauft, wählt Bioprodukte. Nachhaltigkeit gehört offenbar zum guten Ruf, aber nicht alles, was bio ist, schont auch die Umwelt. Das brachte jüngst eine Studie im Auftrag des Bundesumweltamts ans Licht, die biologisch abbaubare Kunststoffe für Verpackungen untersucht hat. Das Ergebnis: Anbau und Verarbeitung der Pflanzen für die Bioverpackungen versauern Böden und belasten Gewässer stärker, als es bei der Herstellung konventioneller Kunststoffverpackungen der Fall ist. Zudem entstehen höhere Feinstaubemissionen, heißt es weiter. Ein ökologischer Vorteil sei insgesamt nicht zu erkennen. Die Studie sollte ermitteln, ob die Ende des Jahres auslaufende Sonderregelung über Erleichterungen in der Verpackungsverordnung für abbaubare Kunststoffe weiterhin gerechtfertigt ist. „Die Klimabilanz von Biokunststoffen ist zwar günstiger, dafür gibt es Nachteile bei anderen Umweltbelastungen“, sagt Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamts (UBA). Das spreche dafür, die Sonderregelungen wie etwa die Befreiung von der Rücknahmepflicht des Handels nicht zu verlängern. ■



20 Milliarden Euro

So viel Geld müssen die Deutschen ab 2013 für die Förderung erneuerbarer Energien zahlen, weil die EEG-Umlage von 3,6 auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde steigt. Zum Vergleich: Mit der gleichen Summe könnten 1,3 Millionen Heizungsanlagen inklusive solarer Unterstützung à 15.000 Euro modernisiert werden. Kanzlerin Angela Merkel hatte versprochen, dass die Ökostromsubventionen 3,6 Cent pro Kilowattstunde nicht übersteigen werden. Eine Fehleinschätzung, wie fast alle Prognosen zur Energiewende. „Die Welt“ berichtete jüngst, dass die Schere zwischen Vorhersage und Realität bei den Kosten für Zubau von Windkraft und Solar am weitesten auseinanderklafft.

DIESEL VS. HAMBURGER

Mit dem Diesel-Lkw fahren oder einen Hamburger essen – was ist schädlicher für die Umwelt? Forscher der University of California Riverside haben nun herausgefunden, dass die Fleischbulette ein wahrer Klimakiller ist. Der Studie nach kann ein Diesel-Lkw bis zu 230 Kilometer fahren, um so viele Schmutzpartikel in die Luft zu stoßen, wie beim Braten nur eines Hamburgers entstehen. Die US-amerikanischen Forscher brandmarkten die Burgerbratereien, die sehr große Mengen an Fett, Ruß, Rauch und Wasserdampf produzieren, zudem als die zweitgrößte Luftverschmutzungsquelle in Südkalifornien. —



ausgefunden, dass die Fleischbulette ein wahrer Klimakiller ist. Der Studie nach kann ein Diesel-Lkw bis zu 230 Kilometer fahren, um so viele Schmutzpartikel in die Luft zu stoßen, wie beim Braten nur eines Hamburgers entstehen. Die US-amerikanischen Forscher brandmarkten die Burgerbratereien, die sehr große Mengen an Fett, Ruß, Rauch und Wasserdampf produzieren, zudem als die zweitgrößte Luftverschmutzungsquelle in Südkalifornien. —

Benzinpreise

VENEZUELA – PREISWUNDER AUF STAATSKOSTEN



0,017

87 Liter Sprit für 1,47 Euro: Wo gibt's denn so was?

Wer in Caracas sein Auto volltankt, zahlt einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ nach für 87 Liter nur 8,49 Bolivares, umgerechnet etwa 1,47 Euro. Die Literpreise des angeblich billigsten Benzins der Welt: 0,07 Bolivares für 91 Oktan und 0,097 Bolivares für 95 Oktan, also 0,012 bis 0,017 Euro. Wie das geht? Zum einen fördert Opec-Mitgründer Venezuela täglich mindestens zwei Millionen Fass Öl und hat mit den Reserven am Maracaibo-See und dem Orinoco-Fluss die wohl weltgrößten. **Der Dumpingpreis kommt aber vor allem deshalb zustande, weil der Staat den Sprit hoch subventioniert**, schon lange hat sich kein Staatschef mehr getraut, die Spritpreise erwähnenswert anzuheben. Die Infrastruktur leidet darunter, bei einer Explosion in der Raffinerie Amuay starben mehr als 40 Menschen. Kürzlich ging eine andere Anlage in Flammen auf. Gegner von Staatschef Hugo Chávez beklagen, dies sei die Folge von Pfusch und fehlenden Investitionen. Das Staatsoberhaupt finanziert mit den Petro-Millionen – der Barrelpreis stieg seit seiner Amtsübernahme 1999 um mehr als das Zehnfache – lieber seine Revolution, heißt es. Der Mehrheit des Autofahrerfolks scheint es egal zu sein: Im Oktober bestätigte es Chávez im Amt. —

Fotos: shutterstock

UND DANN WAR DA NOCH



„Hydraulic Fracturing“, auch als Fracking bekannt, ist eine Technik, mit der Öl und Gas aus Schiefergestein gepresst wird. Sie ist die wichtigste Säule einer Strategie der US-Regierung, um das Land unabhängig von Öl aus dem Nahen Osten zu machen (siehe Zahlen unten). „Wir hoffen sehr, dass unser Land diese einmalige Chance beim Schopfe packt“, sagte der frühere US-Außenminister George Shultz jüngst bei einem Besuch in Berlin. Kein Wunder, lasteten die Öl- und Gasimporte allein 2011 mit einem Gegenwert von rund 310 Milliarden Dollar – das entspricht etwa 42 Prozent des Handelsbilanzdefizits – auf der US-Wirtschaft. Wenig erfreut war man jüngst beim Verband der Unabhängigen Öl- und Gasproduzenten (Usoga), als der Inhalt des neuen Films von Hollywood-Schauspieler Matt Damon (42) bekannt wurde. In dem Streifen „Promised Land“, der bald Kinostart in den USA feiert, spielt Damon den Vertreter eines Gaskonzerns, der in Pennsylvania per Fracking nach Gas bohrt. Je länger er im Einsatz ist, umso kritischer sieht er die Methode. Das stelle die Fakten falsch dar, meint die Usoga, die Kinobesucher mit Infomaterial versorgen will. Man darf auf die Fortsetzung gespannt sein.

FRACKING-ZAHLEN

11,6 Mrd.

Barrel Rohöl pro Tag wollen die USA bis 2020 dank Fracking fördern. Zu 2012 ist das ein Plus von knapp 49 Prozent.



100 Jahre

So lang, schwärmt US-Präsident Barack Obama, reichten die Erdgasvorräte, die durch Fracking zugänglich werden.

Im Westen geht die Sonne auf



Pfennings

TEXT Florian Flicke

FOTOS Matthias Sandmann

Benzin oder Diesel zapfen und dabei die Umwelt schonen? Deutschlands erste komplett grüne Tankstelle in Geilenkirchen macht es möglich. Und einmal mehr ist es ein mittelständischer Betrieb, der mutig vorangeht – ein Besuch in der Öko-Vorzeigestation im äußersten Westzipfel der Republik.



Auf den ersten Blick ist es ein Gewerbegrundstück wie jedes andere: günstig gelegen an der Kreuzung zweier Bundesstraßen, eingerahmt von Verkehrsinseln, einem Autoteilehandel, einer Gärtnerei und einer gerade im Bau befindlichen Megaspielhalle. Doch bei näherem Hinsehen erkennen Autofahrer, die darauf zusteuern, dass diese Tankstation anders ist als andere. Hier am Ortseingang des 29.000-Einwohner-Städtchens Geilenkirchen, zwischen Aachen und Mönchengladbach im äußersten Westen von Nordrhein-Westfalen gelegen, hat die Fred Pfenning GmbH & Co. KG in nur fünf Monaten Bauzeit Anfang 2012 Deutschlands grünste Tankstelle errichtet.

Besonders die Photovoltaikmodule auf den Dächern über den zehn Zapfpunkten, über der Waschstraße sowie den SB-Waschplätzen und -Staubsaugerstationen fallen sofort ins Auge. Sie sind direkt ins durchsichtige Dach eingefasst. „So wirkt die gesamte Station hell und freundlich. Und das Licht müssen wir erst einschalten, wenn es draußen wirklich schon zum Abend dämmt“, freut sich Dr. Wilfried Plum. Der 50-Jährige ist Prokurist beim Mittelständler Pfenning und hat den grünen Neubau maßgeblich überwacht.

Jeder Tropfen Wasser wird aufgefangen
 „An sonnenreichen Tagen erzeugen die Photovoltaikmodule bereits mehr Strom, als die Tankstelle selbst für Leuchten, Kühltheken, Kassensysteme oder Brötchenbackautomat benötigt“, rechnet Plum vor. Ein – ebenfalls stromsparender – Flachbildschirm im Bistrobereich der Tankstelle informiert die Besucher über die technischen Öko-Details an der Station, den aktuellen Leistungsstand der Anlagen und den bis dato selbst erzeugten Strom, der ins Stromnetz vor Ort eingespeist wird. Um möglichst viel Strom zu erzeugen und möglichst wenig zu verbrauchen, ist die gesamte Tankstelle mit LED-Technik ausgestattet. Das gilt auch für den Preismast, der die Autofahrer bereits aus der Ferne über die aktuellen Preise von Diesel, Super E10, Super, SuperPlus, Autogas und AdBlue informiert.

Maximum beim Sonnenstrom, Minimum beim Wasserverbrauch: Das ist oberstes Gebot in Geilenkirchen. Das gesamte Regen- und Brauchwasser auf dem Gelände wird aufgefangen, wiederaufbereitet und fließt dann in einen Vorrattank mit 40.000 Liter Fassungsvermögen. „Der Kreislauf ist fast vollständig geschlossen. Wir müssen nur die kleine Menge an aufbereitetem Regenwasser zuführen, die durch die Autos, die aus der Waschstraße fahren, mit nach draußen gezogen wird“, erklärt Plum.

Frischwasser würde nur dann benötigt, wenn nach einer langen Trockenzeit alles Regenwasser aufgebraucht wäre. Der wohl größte Vorteil des geschlossenen Systems besteht darin, dass so gut wie gar kein teures Abwasser anfällt.

Solarthermie sorgt dafür, dass sich die Pkw-Besitzer in den SB-Waschboxen stets mit wohltemperiertem Wasser an Kotflügel oder Heckscheibe machen können. Und selbst im Winter, wenn sich die Sonne rar macht, muss niemand kalte Wasch- →

↓ Mister Green: Stolz blickt Fred Pfenning auf seine Öko-Tankstelle – und die markanten Solarmodule auf den Dächern.



„Mein Wunsch an die Politik? Ganz einfach: mehr zuhören und weniger dirigistisch handeln.“

Fred Pfenning,
Geschäftsführer der Fred Pfenning
GmbH & Co. KG in Baesweiler

finger fürchten: Dann schaltet sich eine Pelletheizung zu, die das Wasser auf mollige Grade bringt. Und wem es auf Dauer draußen doch etwas zu kühl wird, der kann sich anschließend in der Station bei Kaffeespezialitäten, Pasta-Gerichten oder einem frisch zubereiteten Stück Pizza stärken und aufwärmen.

Photovoltaikmodule, ein geschlossener Wasserkreislauf, Hightech-LED-Technik, dazu noch Solarthermie, Pellettheizung und als grünes Sahnehäubchen die Stromstation für zwei Elektroautos – was kostet das grüne Gewissen? „Über Geld reden wir in diesem Fall ungern“, schmunzelt Firmenchef Fred Pfenning.

Soll heißen: Der 44-Jährige hat bei der Investition in die Vorzeigestation die rein betriebswirtschaftliche Logik hier und da hintenangelassen. „Sicher war und ist diese Tankstelle teurer als eine herkömmliche Station. Aber wir wollen mit diesem Engagement ein Zeichen setzen und die Kunden von einer guten Sache überzeugen“, bekennt er.

„Weder Preistreiber noch Klimafeinde“ „Grün“ ist für das Unternehmen mit Hauptsitz in Baesweiler, zehn Autominuten von Geilenkirchen entfernt, keine Modevokabel: Schon früh probierte Pfenning Biodiesel. Und die Autowaschanlagen genügen ebenfalls seit Jahren den strengen Umweltschutzstandards der Siegelorganisation „Blauer Engel“.

Doch all das reichte dem umtriebigen Firmenchef Fred Pfenning, der das 1961 gegründete Unternehmen heute in zweiter Generation führt, nicht mehr. Er wollte den „großen Wurf“ und, ja auch, „raus aus der Buisserolle und weg vom Generalverdacht, unter dem viele Tankstellen, deren Betreiber und Mitarbeiter heute stehen“. „Wir sind weder Preistreiber noch Klimafeinde“, stellt Pfenning klar. Und genau das wollte er mit seiner radikal

grünen Tankstation beweisen. Das Interesse der Kunden an der grünen Tankstellentechnik ist hoch, genauso wie die Medienresonanz. Und Fred Pfenning hat auch schon manchen Vertreter der Konkurrenz dabei beobachtet, wie er neidisch die Photovoltaikanlagen auf dem Dach in Augenschein nahm.

Die positiven Erfahrungen mit der grünen Tankstelle wollen Pfenning und Plum nun auch beim Neubau weiterer Tankstellen nutzen – sowie beim Umbau bestehender Anlagen. Insgesamt gehören rund 50 Tankstellen zum mittelständischen Pfenning-Reich. Die jüngste, eine Aral-Station, kam im Oktober dazu. Die meisten sind selbst betriebene oder verpachtete Stationen unter der Eigenmarke PM, dazu kommen zehn reine Automatenstationen sowie 18 Stationen, die Pfenning als Aral-Partner betreibt.

Die Versorgung dieser Tankstellen sowie weiterer 20 Tankstellen von befreundeten Mineralölhändlern erfolgt durch die Pfenning-Schwestergesellschaft TS-Logistik. Sie verfügt über vier Sattelzüge und zehn Fahrer, die im Zweischichtbetrieb arbeiten.

Eine Zweimarkenstrategie fährt Pfenning nicht nur im Tankstellengeschäft. Auch beim Handel mit Schmierstoffen, dem zweiten wichtigen Standbein des 60-Mitarbeiter-Unternehmens, setzen die Baesweiler auf zwei Marken. Doch zur markant roten Eigenmarke PM gesellt sich in diesem Fall nicht das Aral-Blau, sondern das Shell-Gelb. Ein Mittel-



- ↑ Jederzeit frisch: Pfenning füllt Tanks – und hungrige Mägen.
- ← Allzeit Warmwasser: Im Winter springt die Pelletheizung an.



← Seit an Seit: Fred Pfenning's
Frau Andrea ist Chefin über alle
Schmierstoffe und Spezialöle.

vielen Sachzwängen unterlägen – und möchte ihren Job auch niemals haben.

Die Mär von den hohen Margen

Dennoch rechtfertigt das seiner Ansicht nach nicht Schnellschüsse und schon gar keinen Zwang wie bei der Einführung von E10: erst hochgelobt und jetzt fast totgeschwiegen durch die Politik. „Ausbaden müssen das am Ende allein die Tankstellenbetreiber, die in neue Säulen, neue Rohrleitungen, neue Schilder investieren mussten.“ Geschäftsleiter Plum ergänzt: „Beim Thema Benzinpreis fühlt sich jeder befähigt, mitzureden. Doch wer weiß eigentlich, wie sich der Benzinpreis bildet, wie hoch die Steuerbelastung pro Liter ist und dass die deutschen Tankstellen europaweit von den niedrigsten Margen leben müssen?“ Vor diesem Hintergrund ist die massive und überdies vollkommen freiwillige und nicht staatlich geförderte Investition in die erste grüne Tankstelle in Geilenkirchen umso bemerkenswerter. —

ständler, der mit zwei beinhalten Konkurrenten gleichzeitig Geschäfte macht? „Nichts ist unmöglich“, lacht Andrea Pfenning auf ihre herzlich einnehmende rheinische und zugleich resolute Art. Sie ist nicht nur die Ehefrau von Fred Pfenning und Mutter der beiden gemeinsamen, zwölf und 15 Jahre alten Kinder. Andrea Pfenning verantwortet auch den Handel mit Schmierstoffen und Spezialölen – vom Motoröl für den Landwirtschaftsbetrieb um die Ecke bis hin zum biologisch abbaubaren Kettenöl fürs örtliche Sägewerk. Das Mineralöllager am Stammsitz Baesweiler bietet 200.000 Liter Fassungsvermögen für lose Ware, für Öle aller Qualitäten und Viskositäten in insgesamt 20 Kammern sowie 150.000 Liter an verpackter Ware.

Wachsen statt weichen

Die Schwesterfirma Bischoff, Vliex & Schöngen, Pfenning GmbH & Co. KG – seit jeher führend beim Vertrieb von Heizöl und Diesel – hat sich vom reinen Mineralölhändler zum kompletten Energie- und Wärmelieferanten gewandelt und beliefert seine Kunden jetzt auch mit Erdgas, Flüssiggas, Strom und Holzpellets. Zum immer bedeutenderen Standbein entwickelt sich für Pfenning das Geschäft mit Holzpellets. „Bei Pellets sind wir nicht nur reiner Logistikanbieter, sondern selbst Produzent“, erklärt Fred Pfenning. Zusammen mit Landwirten betreibt das Unternehmen im benachbarten Titz eine eigene Produktionsstätte für Pel-

lets: Aus Sägespänen, Abfallprodukt in den örtlichen Sägewerken, entstehen dort wärmespendende, klimaneutrale Pellets. Getrocknet werden die Späne dabei durch die Abwärme eines Blockheizkraftwerks, das seinerseits durch Biogas betrieben wird.

Nachhaltigkeit ist für das Ehepaar Andrea und Fred Pfenning unternehmerisches Selbstverständnis und selbst auferlegte Verpflichtung: „Als Firmenchefs müssen wir stets an morgen denken. Wir tragen unmittelbar Verantwortung für 60 Mitarbeiter, dazu kommen in etwa noch mal so viele Beschäftigte bei unseren Partnern und Pächtern“, sagt Fred Pfenning. „Stillstand“, ergänzt Prokurist Plum, „führt in unserer Branche schnell ins Abseits.“

Um nicht zu weichen, setzt das Unternehmen aus Baesweiler auf Wachstum und den Schwenk zum vollumfassenden Energielieferanten. „Und das bei höchster Qualität“, unterstreicht der Firmenchef. Das gelte etwa für die verwendeten Mineralöle und Pellets genauso wie für den Service oder die Pünktlichkeit der Fahrer. „Knapp 100 Arbeitsplätze – das mag sich für einen Bundespolitiker, der sich ansonsten um Großunternehmen wie Opel, Nokia oder Siemens kümmert, wenig anhören. Für unsere Region ist das aber sehr wohl eine Zahl von Bedeutung“, sagt Pfenning. An die Politiker, speziell im Bund, hat er eigentlich nur einen Wunsch: „Mehr zuhören und weniger dirigistisch handeln“. Er wisse sehr wohl, dass Politiker

FIRMENGESCHICHTE IM ZEITRAFFER

♦ 1938

Ölzapfstelle vor dem Wohnhaus von Familie Pfenning

♦ 1961

Gründung des Mineralölhandelsunternehmens durch Fred und Anni Pfenning

♦ 1980

Vertriebspartner der Deutschen Texaco AG, später DEA Mineralölhandel GmbH

♦ 2004

Nach der Fusion von Shell und DEA Markenpartner von Shell

♦ 2008







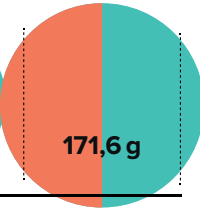






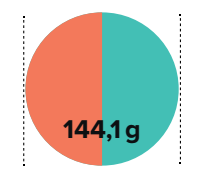




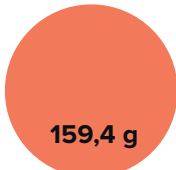

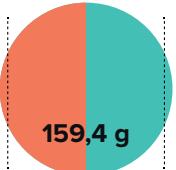







Pfenning erhält als einer von bundesweit nur acht Shell Markenpartnern die exklusive Abfülllizenz für Shell Schmierstoffe

♦ 2009

Wechsel zur größten deutschen Tankstellenmarke Aral beziehungsweise zur Eigenmarke PM

VOLVO C30 ELECTRIC

IM KRAFTSTOFF- UND CO₂-VERGLEICH

	Modell	Preis	Verbrauch auf 100 km	Tankkosten auf 100 km	CO ₂ -Emissionen Raffinerie/Kraftwerk	CO ₂ -Emissionen Fahrzeug	CO ₂ -Emissionen gesamt
BENZIN	MAZDA 3.1.6 EDITION 	ab 16.990 € 	6,3 Liter Super 	10,40 € 	28,4 g 	143,2 g 	171,6 g 
DIESEL	HYUNDAI i30 1,6CRDi 	ab 23.230 € 	4,5 Liter Diesel 	6,75 € 	25,6 g 	118,5 g 	144,1 g 
ELEKTRO	VOLVO C30 ELECTRIC 	250 Fahrzeuge produziert, nur als Leasingfahrzeug erhältlich. Leasingrate bis 19.200 €/Jahr 	28,3 kWh Strommix D 	7,36 € 	159,4 g 	0,0 g 	159,4 g 
ELEKTRO	VOLVO C30 ELECTRIC 	250 Fahrzeuge produziert, nur als Leasingfahrzeug erhältlich. Leasingrate bis 19.200 €/Jahr 	28,3 kWh regenerativer Strom 	8,49 € 	5,7 g 	0,0 g 	5,7 g 

Quellen: ADAC, Basis: ADAC EcoTest, Eigenrecherche

SEK

Diesel fährt allen davon

ELEKTROAUTO KLAR GESCHLAGEN

0 — Eine Million Elektroautos sollen nach dem Willen von Bundeskanzlerin Angela Merkel

20 — 2020 auf deutschen Straßen fahren. Von den nackten Zahlen und Fakten gegen Ende 2012 lässt sich die Politik offenbar nicht entmutigen und hat bis zum Jahresende 2013 eine weitere Milliarde Euro an Subventionen angekündigt. Laut „Handelsblatt“ sind derzeit aber gerade einmal 4.600 E-Autos im Einsatz, selbst Experten wie Daimler-Chef Dieter

40 — Zetsche rechnen mit maximal 600.000 Fahrzeugen im Jahr 2020. Der Blick auf die oben stehende Tabelle erklärt die Zurückhaltung der deutschen Autofahrer. Wirtschaftlich können sich den teuren E-Spaß, wenn überhaupt verfügbar, nur wenige leisten. Und das Umweltargument zieht nur bedingt. Bei der CO₂-Bilanz hängt der Diesel derzeit seinen

60 — batteriebetriebenen Konkurrenten klar ab. —

Die Wolf Sonnenheizung – Energiesparen und Klimaschutz serienmäßig!



Plus: Die ideale Ergänzung zur Sonnenheizung
Comfort-Wohnungs-Lüftung CWL Excellent



Die Wolf Sonnenheizung: eine perfekt abgestimmte Kombination aus Schichtenspeicher, Solarkollektoren, Solarsteuerung, einem Öl-/Gasbrennwertgerät, einem Biomassekessel oder einer Wärmepumpe. Ein äußerst effizientes Energiesparsystem aus einer Hand!

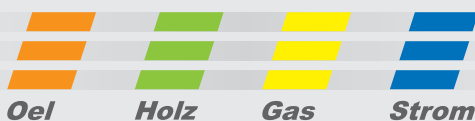
Mehr Infos unter: www.wolf-heiztechnik.de

Wolf GmbH,
Industriestr. 1, 84048 Mainburg
Tel.: 08751/74-0, Fax: 08751/74-1600

WOLF

Energiesparen und Klimaschutz serienmäßig

KNITTEL Mobile**Energie**



Kompetenz und Tradition seit 1871



AVIA

edoil.de

Die Komplettlösung für den Mineralölhandel

Sparen Sie Zeit und Geld mit edoil!

Alle Informationen auf einen Blick - einfach und schnell bedienbar

- Verkaufssteuerung
- Grafische Tourenplanung
- Elektronischer Rechnungsversand
- Agentur-Tankstellenabrechnung
- Tank- und Ringkartenabrechnung
- Integriertes Rechnungswesen
- standortunabhängig
- reversionssichere Archivierung im Rechenzentrum

edoil macht das für Sie! Informieren Sie sich unter: www.edoil.de

SPIELEND EINFACH -

DIE KOMPLETTLÖSUNG FÜR IHREN MINERALÖLHANDEL

